

sein, die sonst erreicht worden ist.

Nun meint man, die Mathematiker haben es ausgerechnet, daß, wenn man am Anfang die Rente erhöht, sie dann in den späteren Jahren entsprechend erniedrigt werden muß, wenn man mit den Beiträgen auskommen will. Doch auf diese Berechnungen der Mathematiker gebe ich nicht viel, weil sie hier auf einem ihnen ganz unbekanntem Gebiet arbeiten. Bei allen Wahrscheinlichkeits-Rechnungen auf diesem Gebiete hat man bisher erheblich am Ziel vorbeigeschossen.

Nun sollen die Beiträge neu reguliert werden und zwar beginnt da gleich die Liebesgabe, welche man der Landwirtschaft zuwenden will. Es mag vielleicht recht sein, wenn man einen bestimmten Einheitsatz nimmt; aber die Herabsetzung des Beitrages für die erste und zweite Klasse wird die Notlage gerade derjenigen Versicherungsanstalten, die gegenwärtig bereits in der Notlage sich befinden, noch mehr verschärfen. Es würde zur Zeit für die ostpreussische Versicherungsanstalt einen Ausfall von 10 Proz. ihrer Einnahmen bedeuten und für die niederbayerische sogar einen solchen von 15,17 Proz.

Ferner ist der Vorschlag der Rentenstellen im Gesetz gemacht, der von dem Herrn Staatssekretär mit großer Begünstigung vertreten worden ist. Nichtig ist, daß es von großem Nutzen ist, wenn die Versicherter selbst nach der betreffenden Anstalt gehen können, wo der Rentenanspruch vorbereitet wird. Die Konkurrenz dieser Rentenstellen gegen die sogenannten Arbeitersekretariate fürchten wir durchaus nicht. Im Gegenteil wünschen wir, daß die Regierung sich soviel wie möglich Kenntnis über die tatsächliche Lage der arbeitenden Klasse verschafft, weil sie auch innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaft manche Verbesserungen treffen könnte, wenn sie die Natur der Liebesstände kennen würde. Heute sind die Regierungen viel zu wenig unterrichtet und daher kommt es auch wohl, daß sie gleich mit Zuchthaus und ähnlichen Mitteln die sozialen Uebel bekämpfen wollen. Selber bleibt auch bei den Rentenstellen wieder der ganze bürokratische Charakter gewahrt. Der Vorschlag ist ein Staatsbeamter, die Besitziger sollen gewählt werden, aber nach einem Wahlverfahren, das bei den Arbeitern sehr unbeliebt ist, da man den Vorständen der Krankenkassen allein das Wahlrecht überläßt. Bei diesem Wahlrecht hat die kleinste Betriebs-Innungskasse genau dasselbe Recht wie die größte Ortskrankenkasse. Weshalb greift man nicht zu dem Wahlrecht, das bei den Gewerbeberechtigten gilt? Da könnten die Arbeiter sich die passenden Besitziger aus ihren Reihen aussuchen, da würde nicht durch die Gründung verschiedener Betriebs-Krankenkassen das Wahlrecht der Arbeiter schließlich illusorisch gemacht werden können.

Nun wird zwar hervorgehoben, daß die Unkosten nicht so große sind, aber ganz unbedeutend sind sie auch nicht. Wenn ca. 1000 Rentenstellen im Deutschen Reich errichtet werden und wir für jede Rentenstelle nur 5000 Mk. rechnen, dann werden 5 Millionen erforderlich sein. Diese können aber aus den gegenwärtigen Verwaltungsausgaben nicht erspart werden, da z. B. die Verwaltungskosten der 31 Versicherungsanstalten aus den Kapiteln 5 bis 9 insgesamt nur 6 1/2 Millionen sind. Davon können doch nicht 1/2 in Wegfall gebracht werden. Sparen werden allerdings die unteren Verwaltungsbehörden dabei, die großen Gemeinden, die besondere Bureaus eingerichtet haben und es werden Ausgaben, die bisher von Staat und Gemeinde gemacht wurden, den Versicherungsanstalten zugewandt, also aus den Beiträgen der Arbeiter gezahlt werden. Das ist ein Mangel, nichtsdestoweniger aber sind wir für die Errichtung der Rentenstellen. Sehr charakteristisch ist, daß in den Motiven zugegeben wird, daß ein Teil der Ausgaben für die Rentenstellen dadurch eingebracht wurde, daß die Beiträge besser eingehen würden. Es ist also zugegeben, daß in recht weitem Maße gemogelt wird und ich glaube, diese Mogel wird besonders auf dem platten Lande zu finden sein und da werden gewiß die Rentenstellen sehr wirksam sein. Wenn der Gutsbesitzer selbst Obrigkeit ist, ist es sehr fraglich, ob die nachgeordnete Behörde mit der nötigen Energie revolvieren wird, ob der Herr Gutsbesitzer regelmäßig die Beiträge entrichtet. Ganz gut ist es auch, daß man das Heilverfahren etwas energischer in Angriff nehmen will. Aber auch hier sind gleich eine Masse Be-

stimmungen eingeschaltet, die sehr wenig Wohlwollen für die Arbeiterklasse beweisen. Da wird durch § 33 z. B. der Invalidenrenten-Empfänger einfach zum Leibeigenen der Anstalt gemacht. Sobald die Anstalt verlangt, er soll ein Heilverfahren über sich ergehen lassen, muß er sich fügen. Kranke sind mißtrauisch, mit allem unzufrieden. Wenn sie so gezwungen werden, werden viele ihre Rente verlieren, weil sie sich nicht fügen. Geht man so rigoros gegen den aus dem Dienst geschiedenen General etwa vor, daß man ihm sagt: Du verlierst Deine Pension, gehst Du nicht in diese Heilanstalt. Das wagt man nur dem Arbeiter zu bieten!

Nun ist unstreitig ein Fehler bereits im Gesetz, daß nämlich den Versicherungsanstalten die Konfiskation des Krankengeldes zusteht und die Familie die Hälfte des Krankengeldes nur bekommt, wenn der Mann in eine Heilanstalt gebracht wird. In welche Lage wird da die Familie gebracht! Kann sie mit 6 Mk. wöchentlich auskommen? Sie gerät in Schulden. Und wenn der Mann nach einem Wertesjahr entlassen wird, sagt man ihm wohlmeinend: Sie müssen sich noch eine Weile pflegen und schonen. Er aber muß entbehren und sich überanstrengen, um seine Familie aus den Schulden herauszubringen! Das muß beseitigt werden.

Nun die Hauptfrage: Das Teilen! Uns macht man immer den Vorwurf, wir wollten teilen, jetzt kommt die Regierung auf den Einfall, die von den Arbeitern ausgebrachten Vermögensansammlungen sollen geteilt werden. Es wäre ja vielleicht gut, ein Gesetz zu erlassen, daß von allen angesammelten Vermögen im Deutschen Reich 60 Proz. in einen gemeinsamen Fonds gethan werden. Dann könnte man es auch auf die Invalidenversicherung anwenden, das hätte dann eine gewisse Begründung; aber zu einem solchen Gesetz wird sich die Regierung schwerlich entschließen. Hier aber, wo es sich um Arbeitervermögen handelt, da ist man nicht so penibel. Da heißt es: Gebt einmal 60 Prozent Eures Geldes her, damit wir diese zum Ausgleich brauchen, wo ein Notstand vorhanden ist. Es wäre wohl zu rechtfertigen, rundweg zu erklären: da die Altersgruppen in verschiedenen Gemeinden verschieden sind, soll dadurch ein Ausgleich herbeigeführt werden, daß zur Bezahlung der Altersrenten alle Anstalten im Verhältnis zu ihren Einnahmen beitragen müssen.

Die Agrarier sind ja freilich ausgemachte Feinde des Liebesgesetzes; und daher will man ihnen so weit wie möglich entgegenkommen, so auch durch Einengung der Versicherungspflicht. Man will jetzt alle die ausschließen, die nicht mehr als 12 Wochen regelmäßige Lohnarbeit verrichten. Dadurch würden die Insten auf den abeligen Gütern zum großen Teil ausscheiden. Ferner sollen auch alle Ausländer aus der Versicherung ausscheiden, welche nur zu einer bestimmten Jahreszeit zugelassen werden.

Dadurch wird freilich den Herren im Osten das Leben ganz erheblich erleichtert. Aber zu einer besonderen Liebesgabe an die östlichen Gutsbesitzer haben wir keine Veranlassung. Dadurch, daß man die Versicherungspflicht unter den ausländischen Arbeitern beseitigt, schafft man eine Ungleichheit, die geeignet ist, schwere Unzuträglichkeiten zu schaffen. Dadurch benachteiligt man den einheimischen Arbeiter, der natürlich den Gutsbesitzern dann weniger willkommen sein wird, als der ausländische für den er nicht zu leben braucht. Ich halte das um so mehr für ein Unrecht, als der heimische Arbeiter, wenn er ins Ausland geht, ja auch seiner Renten verlustig geht.

Nun werden freilich alle diese Maßregeln lediglich zu dem Zwecke empfohlen, um der notleidenden Landwirtschaft zu helfen. Der Herr Staatssekretär hat ja heute ausdrücklich erklärt, man dürfe nichts thun, was die Flucht vom Lande befördern könnte. Man hat doch eigentümliche Begriffe davon, weshalb die Leute vom Lande fortgehen, wenn man die allgemeine Redensart anspricht: die Leute reißt es, in die Stadt zu gehen, weil sie dort geringere Beiträge zu leisten haben. Ueberhaupt worin suchen die Agrarier nicht die Ursachen der Leutenot? Einmal soll die Vergnügungssucht schuld daran sein. Ich glaube die Erdarbeiter brauchen sich gar nicht so vergnügungssüchtig. Was haben sie auch, wenn sie in die Stadt gehen? Die Genüsse, die der Student, der Offizier, der notleidende Agrarier bei großen Zirkus-Vorstellungen sich verschaffen, sie

existieren für den Arbeiter nicht. Die Arbeiter führen in der Stadt ein ebenso trübes Leben wie in dem entlegensten Dorfe Ostpreußens.

Was hier in Frage kommt, ist vielmehr, daß man dem Landarbeiter gesetzlich nicht gleich stellt dem industriellen Arbeiter. Aus der Krankenversicherung ist er ausgeschlossen. Diese Ungleichheit wird von dem Landarbeiter schwer empfunden. Wenn ein Arbeiter auf dem Lande krank wird, so hat er keine andere Hilfe, als die Armentasse; er gerät dann in eine Not hinein, aus der er sich nicht wieder herausziehen kann. Was Wunder, daß er zum verzweifelten Mittel des Horitzehens greift? Die Krankenversicherung müßte auf die Landarbeiter ausgedehnt werden. Dazu macht die Vorlage allerdings einen Versuch, aber einen recht eigenartigen. Man will die Krankenkassen für die Landarbeiter auf die Invalidenkassen abwälzen. Das würde für diese eine Ausgabe von etwa 30—35 Mill. Mark bedeuten, wenn lediglich die Kosten für Arzt Apotheker und Anstaltsverpflegung gerechnet sind. Eine solche Einkommungsquelle der Krankenversicherung der Landarbeiter auf Kosten der industriellen könnte ihnen (nach rechts) so passen, weil sie da eine Krankenversicherung haben, ohne Krankenkassengelder zahlen zu müssen. Die Ungleichheit zwischen Land- und industriellen Arbeitern ist unstreitig eine Ursache der Flucht vom Lande. Es wirken da viele Dinge mit. Die Grundbesitzer können eben meistens noch nicht begreifen, daß die Liebesgesetz bereits aufgehoben ist.

Nun fragt es sich, kann die Landwirtschaft die Krankenversicherung tragen? Ich meine recht gut, ebenso gut, wie die Industrie, welche für die Krankenversicherung 20 Millionen, für die Unfallversicherung 18 Millionen, für die Invaliditätsversicherung 15 Millionen aufwenden muß. Das sind im ganzen 53 Millionen, die gar nicht so schwer aufzubringen sind, wenn man bedenkt, daß die Landwirtschaft 47 Millionen als Brandversicherungsprämie, 27 Millionen als Zuckersubvention als Liebesgabe erhält. Wir sind auch für ein vernünftiges Heilverfahren, das rechtzeitig eingreift. Wenn nun die ländlichen Arbeiter ebenso wie die industriellen unter das Krankenversicherungsgesetz gestellt werden, so wird auch auf dem Lande eine vernünftige Krankenbehandlung Platz greifen können und die Invaliditätsziffer wird dann gewiss herabgemindert werden. Deshalb ist es nötig, daß mit dieser Novelle eine Novelle zur Krankenkassen-Gesetz verbunden wird, welche die Ausdehnung dieses Gesetzes auf die ländlichen Arbeiter vorsieht, und außerdem die Periode, in der Krankengeld bezahlt wird, verlängert.

Ob das Gesetz die agrarischen Wünsche alle befriedigen wird, ist mir zweifelhaft. Sicher ist, daß es in industriellen Kreisen große Eblitterung hervorruft wird. Für eine Reform der Versicherung sind auch wir. Wenn aber dieser Novelle die agrarischen Kräfte nicht abgechnitten werden, so werden wir gegen das Gesetz stimmen. Verbesserungen sind nicht schwer anzubringen. Die Novelle ist so voller Mängel, daß fast jede Aenderung an ihr eine Verbesserung darstellen wird.

Au die Kollegen Nürnbergs.

Nürnberg. Mittwoch, den 1. Februar fand die alljährliche General-Versammlung unter guter Beteiligung namentlich der jüngeren Mitglieder statt. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß den Einnahmen mit Mk. 2927,97 Mk. 2927,97 Ausgaben gegenüberstanden, darunter Mk. 2011,56 an die Hauptkasse gefandt. Außer den Klagenangelegenheiten hatte sich in anerkannter Weise Kollege Distler an eine Statistik gewagt, welche in ihrer Knappheit Wände erzählt von kollegialer Verschlingung und Intereffektivität, wie sie beschämender vielleicht keine andere Organisation aufzuweisen hat. Eine recht lebhaft Debatte, sich hieran schließend, ergab das Resultat, die Aufzeichnungen zu Neuz und Frommen der Nürnberger Kollegenchaft zunächst in der „Gr. Presse“ und später in der „Volkspresse“ zu veröffentlichen. Eine verschwindend kleine Minorität von 4 resp. 3 Stimmen glaubte diesen Beschlüssen nicht zustimmen zu können, ohne aber die Wirksamkeit dergleichen Statistiken verneinen wollen. In 8 Vereins-, 1 öffentlichen, 3 Revisions- und 4 Vertrauensmännerversammlungen resp. Versammlungen hatte die Verwaltung insgesamt Veranlassung gehabt, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Wie

für den Löwenanteil an den betreffenden Kassierer Decharge und Anerkennung gesollt wurde, so geschah dies im Allgemeinen auch für die Verwaltung in ihrer Gesamtheit, was sich am Besten aus der nachfolgenden Wahl ergibt. Der Arbeitsnachweis hatte nachfolgende Frequenz: Gemeldet hatten sich als arbeitslos im Ganzen 133 Kollegen (davon 102 Steindr., 29 Lithogr., 1 Kupfdr. und 1 Präger). Davon waren 90 zugereist. Verlanzt wurden von 14 hiesigen und 7 auswärtigen Firmen 36 Kräfte. Vermittelt wurden 26 Stellen. Die Bibliothek welche gegenwärtig 165 Katalognummern aufweist, wurde im Ganzen nur von 59 Mitgliedern in Anspruch genommen, die 75 Bücher entnahmen. Selbst bei dieser minimalen Benutzung hatte die Kommission, welche durch Verlassen der Fahne Seltens eines Mitgliedes nur noch aus 2 Personen bestand, Ursache 18 Aufforderungen zum Entlassen ausgelehnener Bücher zu erlassen. In ein paar Fällen war die Vielesmüß umsonst, es hatten mehrere Personen vorgezogen, den Grund zu einer eigenen Bibliothek sich durch Unterschlagung von Vereinsbüchern zu schaffen. Die Unterstützungs- resp. Vergnügungs- resp. Defizitkommission konnte bekannt geben, daß einem vorjährigen Kassenbestand von Mk. 63,45 diesmal nur ein solcher von Mk. 17,06 gegenüber erwähnt werden kann. Bei der Wahl, welche sich rasch und glatt erledigte, wurde als 1. Bevollm. Kollege Werthner, als 2. Bevollm. Schreier, als Schriftf. Schmidt, als Kass. Dittler, als Beisitzer die Kollegen Leising, Schlund und Wölkel und als Revisoren Haber, Leist und Stahr gewählt. Der Bibliothek-Kommission gehören nunmehr die Kollegen Heiger, Macher und Steiner an. In der Vergnügungskommission zu fungieren wurden die Kollegen Dörfler, Panewald, Krieger, Kozwig, Stinge und Wöhe gewählt. Durch das allgemeine erhöhte Interesse, was der General-Versammlung im Allgemeinen entgegengebracht wurde, gestaltete sich auch der letzte Punkt der Tagesordnung: „Die geplante Besetzung der Nürnberg-Fürther-Kunstausstellung nach Koburg“ äußerst interessant. Soll nun die eine Ansicht, die dahin ging, daß es unzweifelhaft nur darauf abgesehen sei, einen Schreckschuß abzugeben, die richtige sein oder was eine andere in späterer Zeit einmal Bestätigung des Gegenteils erhalten, darin war sich alles einig, daß es mehr wie je notwendig sei, die Reihen der Organisation zu stärken. Nürnberg oder Koburg hier wie dort würden die Beschäftigten es sein, aus deren Haut weiter Kiemen geschnitten würden. Ist es hier die Steuer, welche erhalten muß, würden es drüben die notwendig gewordenen Unkosten der zu errichtenden Kunststempel sein, die es den koalirten Besitzern notwendig erscheinen ließen, die Arbeitslöhne zu verringern oder die Arbeitszeit zu verlängern oder auch beides zugleich. Einig war man sich darüber, daß, wenn es selbst nur ein Wandover sein sollte, doch die Idee als solche schon nicht genügend gewürdigt würde. Speziell alle die alten Kollegen fehlten, die sich gar nicht hinein denken, welcher Schaden ihnen erwachsen würde. Alle die gemeinlichen und anderen Rechte, die sie sich bereits erworben, würden ihnen verloren gehen. Welcher enorme Schaden würde außerdem entstehen durch Verlust der Mitgliedschaft in all den vielen Kassen und Kasschen, in denen die Kollegen oder ihre Familienmitglieder jahrzehnte gesteuert haben?

Alle diese Argumente sollten die Kollegen veranlassen, doch einmal die Ideen etwas ernsthafter zu beurteilen. Nicht minder wie im Buchdruckergerwerbe bereitet sich in unserem Beruf eine epochenmachende Neuerung vor, nämlich die Steinbrud-Notationsmaschine. Wieder ein Faktor mehr sich der Worte zu erinnern: Seid wach! Alle diese Umstände, welche in allgemein öffentlichen Versammlungen der graph. Gewerbe zur Behandlung kommen werden, sind von so weittragender Bedeutung, daß schon jetzt sich jeder Kollege bestimmt vornehmen müßte, da auch dabei zu sein. In welchem Grade sich das Interesse der Kollegschaft an solchen Vorgängen beurteilen läßt, daß ergibt sich aus der Angehörigkeit zur Organisation. Bei annähernd 800 Kollegen am Ort sind 198 Mitglieder derjenigen Vereinigung, welche es ihnen einzig nur ermöglicht, alle aus früheren Zeiten errungenen Vorteile zu wahren. Von 800 Kollegen sind es 154 Steindrucker, 41 Lithographen, 1 Schleifer, 1 Präger und 1 Photograph.

Ist es da nicht selbstverständlich, daß die Anstaltsbesitzer, da sie eine Opposition der Kollegen in keiner Hinsicht zu befürchten haben, solche Pläne nicht können? Sie werden durch ebenso wie sie zwischen alten Maschinen oder eventuell zu reparierenden wählen, ebenso werden sie auch über das lebende Inventar verfügen. 198 Mitglieder zählt der Verein heute in Nürnberg, diese Zahl müßte schon in dem einen größten Geschäft vorhanden sein; es waren auch einmal so viel, heute sind es vielleicht 30 Personen. Da war es allerdings vor einem Jahrzehnt anders. Da konnte man noch von einer selbstbewußten Kollegschaft reden. Dies soll uns die Statistik lehren:

Steindr.	Lith.	Präger.	Photogr.	Schleif.	Kupfdr.	Widder.
1891 276	129	—	—	—	—	—
Summa:	425	1	—	—	—	—
1898 154	41	1	—	—	—	—
Summa:	198	—	—	—	—	—

Von diesen 425 Mitgliedern des Fachvereins traten in den Verein der Lithographen und Steindrucker über: 132 Steindrucker, 71 Lithographen, 3 Schleifer, 1 Kupferdrucker in Summa 207 Personen, für welche das Eintrittsgeld aus der Lokalkasse bestritten wurde. Von diesen 207 Mitgliedern gehören noch heute 36 Steindrucker und 9 Lithographen dem Verein an. Ganze 45 Mann der Nürnberger Kollegschaft hielten unentwegt zu der guten Sache. Ein noch lehrreicherer Bild erhalten wir aber, wenn wir uns des Urabstimmungsresultat betreffs der erfolgten Beitragserhöhung ansehen. Bei der Urabstimmung stimmten 148 Mitglieder für 40 resp. 50 Pfg. Nachdem die Erhöhung ihren Wunsch entsprechend Tatsache geworden war, traten von diesen 148 allein 20 Mitglieder aus. Welcher Inkonsequenz sie sich dadurch schuldig machten, in welcher leichter Weise sie ihr versprochenes Wort aufgaben, dessen scheinen die Wenigsten sich bewußt zu sein. Wie wohlthuend ist es, dagegen zu hören, daß eine größere Anzahl der Kollegen, welche für einen nach ihrer Meinung für die Organisation so folgenschweren Beschluß gar nicht stimmten oder für 30 Pfg. votierten, der Organisation treu blieben. Kollegen! Wenn ihr alle, die es angeht, Euch dies Spiegelbild von sonst und jetzt anseht, vorurteilsfrei Euch das Fact zieht, so könnt ihr nur zu dem Entschluß kommen, daß es anders werden muß, daß die Organisation wieder aufblühen muß. Wenn Ihr Euch vergegenwärtigt, daß es nur dem Zusammenhalt des kleinen Hauses Ueberzeugter zu verdanken ist, daß Euch die 1889 auf neue errungenen Vorteile heute noch gewahrt sind. Ob die Ererungenschaften fernerhin noch in Nürnberg oder Coburg, es bleibt sich gleich, festgehalten werden können? Eure heiligsten Güter wahr! Euch bei Zeiten. Deshalb hinein in die Organisation, nur im Verein aller zusammen ist Euch die Vertretung und Wahrnehmung Eurer Interessen sicher! Deshalb verfaßt es nicht bei Zeiten, ehe auch der kleine Haufen machlos wird, für das Interesse aller zu wirken.

Die Urabstimmung und die Verschmelzung des Deutschen Senefelder-Bundes.

Die Urabstimmung, welche jetzt vorgenommen wird, soll über die fernere Gestaltung des Deutschen Senefelder-Bundes entscheiden. Der Antrag auf Urabstimmung, welcher von Mitgliedern der Mattheidtschaff Breslau ausgegangen ist, bezweckt, gegen das Eindringen in die Rechte der Bundesmitglieder zu protestieren. So ideal der Gedanke einer Verschmelzung auch ist, so ist es doch unvermeidlich die beiden mit zwei verschiedenen Tendenzen zum Nutzen der Allgemeinheit zu vereinigen. Alle die Beispiele, welche durch Wort und Schrift Vorteile beweisen sollen durch eine Verschmelzung, wird der größte Teil der Bundesmitglieder keine Ueberzeugung abgenommen haben. Ferner haben die Bevollmächtigten der Verschmelzung noch keine stichhaltigen Gründe gebracht, wonach sie selbst von ihrer Durchführbarkeit überzeugt sind, die verschiedenartig gefaßten Resolutionen stehen nur auf dem Papier und in den Besammlungen stimmen viele dafür, die doch damit nicht einverstanden sind. Auch ist nicht immer die Ansicht eines Redners die richtige, der seine Worte in recht schöne Sätze und Form kleiden kann. Es vertreten auch solche Kollegen gesunde Ansichten, die mit weniger rednerischen Talent begabt sind. Wie man nun verjährt Mitglieder umzustimmen, ist mit folgenden zu bewähren, dem einen wird angedroht, da bleibst kein Kassierer und du kein Verwalter, wenn du nicht für Verschmelzung stimmst. (Na na! Die Debatton.) Und weiter ist Parole ausgegeben, nur für solche Delegierte stimmen, welche für die Verschmelzung sind. Na, um des Amtes wegen wird sich wohl keiner umstimmen lassen. lieber das Amt aufgeben als gegen seine Ueberzeugung stimmen. Es sei unser Stolz und unsere Freude, auch unser Teil dazu beitragen zu haben, den Bund mit gesünder und erhalten zu haben, welcher späteren Geschlechtern zum Segen dienen wird. Es kann sich heute jedes Mitglied sagen, ich gehöre einer Vereinigung an,

welche mit bei allen Notlagen sichere Hilfe und Unterstützung gewährt. Durch eine Verschmelzung sind aber unsere Rechte in Gefahr und es ist nicht ausgeschlossen, daß der event. veränderte Bund durch irgend welchen Umstand von der Schwärde aus löst werden kann. Man müßte sich auch später Vorwürfe machen, daß man alten Mitgliedern gegenüber, welche sich durch jahrelanges Gahlen der Beiträge, Rechte erworben haben, diese nicht mehr erfüllen kann. Die Bundesmitglieder jetzt schon Senefelder-Bund und Verein der Lithographen und Steindrucker mit zweierlei Maß. Der Senefelder-Bund hat in Coburg genau so seine Mitglieder wie in Preußen, dagegen der Verein der Lithographen und Steindrucker hat keine Zahlstellen, sondern nur das Vertrauensmännersystem mit Einzelmitgliedern, welche in öffentlichen Versammlungen die Angelegenheiten beraten. (Nach der letzten Besammlgung des sächsischen Vereinsgesetzes steht der Verein der Lithographen nichts im Wege. D. Red.) Der Senefelder-Bund hat jetzt 25 Jahre zum Wohle seiner gesamten Mitglieder bestanden und gewirkt, ob derselbe aber mit dem geplanten Umwandlungssystem dem gleichen Zeitraum erleben wird, wäre nur eine Frage der Zeit. Ich bin kein Feind der Organisation, sondern Mitbegründer und Förderer des Vereins der Lithographen und Steindrucker; aber es hat eine ganze Anzahl organisierter Kollegen gegeben, welche den Bund von jeher bekämpft haben und diese sind es heute größtenteils, die durchaus die Verschmelzung herbeiführen wollen. Selbst bei der Jubelfeier des D. S. B. waren es in vielen Städten die Verschmelzungsfreunde, welche dem Feste hindernd in den Weg traten. Bevor man an eine Verschmelzung mit dem Bund denkt, soll man zunächst erst suchen, auf eine andere Weise die Wege zu ebnen. Die Bevollmächtigten einer Verschmelzung hätten auch bei weitem mehr erreicht, wenn sie mit mehr Mäßigkeit ihre Aufgabe zu lösen suchten. Am meisten wäre solchen in Verschmelzungen und der „Gr. Presse“ zu raten, wenn ein weniger redgewandter Kollege in der Versammlung anderer Meinung ist, als wie einer der mit dem Mundwert besser beschlagen, nicht so rüchrichtig auf diesem herumzuputzen und lächerlich zu machen, nur weil er anderer Meinung ist. Wenn nun vielleicht von gegnerischer Seite solches als Kleinigkeit und harmlos bezeichnet werden sollte, so ist demgegenüber aber doch zu bemerken, daß solche Handlungsweise auf die Allgemeinheit immer einwirken wird.

Bei einer Verschmelzung wird unstreitig die gegenseitige Bekämpfung noch größer werden, insbesondere durch Einführung der verschiedenen Klassenhysteme. Bei Streits würde es sich noch mehr zeigen, weil dann nur mit Mitgliedern der sogenannten Organisationsklasse gerechnet werden kann und weiter bezweckelich, daß die Mitgliederzahl dieser Klasse größer sein wird als heute. Manchen wird der Vorwurf gemacht, daß er aus Unabhängigkeitsgründen gegen eine Verschmelzung sei, was, wie dem, Unterzeichneten, jowohl wohl vielen Kollegen bekannt ist nicht der Fall ist. Ich stelle mich bei der Verschmelzungsfrage auf den Standpunkt, der Bund soll als Unterstützungsverein erhalten bleiben, so wie er besteht, ebenfalls der Verein der Lithographen und Steindrucker so wie er ist. Man kann von keinem Bundesmitgliede verlangen, einer Verschmelzung zuzustimmen, da man nicht die geringste Hebelkraft hat, wie sich der Bund durch die Verschmelzung gestalten wird. Auch wird kein Bevollmächtigter der Verschmelzung, selbst nicht die Hauptvorstandsmitglieder des D. Senefelder-Bundes, welche der Wertenerischen Resolution zustimmen, die Garantie übernehmen, daß alle die Verpflichtungen, welche der Senefelder-Bund seinen Mitgliedern gegenüber übernommen hat, auch gesichert bleiben. Nach meiner Meinung kann man der geplanten Verschmelzung angesichts der verschiedenen Tendenzen der beiden Vereine und der verschiedenen Vereinsgesetze, nicht zustimmen. Ich sollte mich der Resolution Berlin und Frankfurt an, wonach ich durch eine Verschmelzung des Deutschen Senefelder-Bundes mit dem Verein der Lithographen und Steindrucker, eine Gefahr für den Bund erblicke. Ich will wünschen und hoffen, daß die Mitglieder des Senefelder-Bundes sich genau überlegen, was sie thun und an den Bund festhalten, wie er jetzt besteht.

Fr. Frommelt, Hannover

Korrespondenzen.

Antwerpen. Nach allem, was man bis dahin hierüber gehört hat, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die belgischen Industrieellen sich in einer wahrhaft großartigen, vielleicht noch nie dagewesenen Weise an der Pariser Weltausstellung beteiligen werden. Es ist ja schon an und für sich sehr natürlich, daß die Belgier sich lebhaft für die Weltausstellung eines Landes interessieren, dessen Sprache sie reden und für welches sie von jeder die freundschaftlichen Gefühle hegt haben, aber im gegenwärtigen Falle drängt die Sache zu einer ganz besonders regen Beteiligung an jener Ausstellung, denn erstens herrscht die allgemein verbreitete Ueberzeugung, daß die nächste Pariser Weltausstellung ungewöhnlich glänzend ausfallen wird und zweitens ist es die Unternehmung, welche die belgische Regierung den belgischen Ausstellern angedeihen läßt. So hat die letztere unter anderen bei einer großen Zahl von belgischen Fabriken eine Menge von Dampfmaschinen, Lokomotiven und dergleichen bestellt unter der Bedingung, daß die bestellten Gegenstände in Paris auszustellen seien. Welche Wirkung aber ein derartiges Vorgehen auf den Ausstellungsgescheher der betreffenden Industrieellen ausgeübt haben muß, braucht wohl nicht näher ausseinandergesetzt zu werden. Die belgische Industrie wird in Paris in höchst imposanter Weise repräsentiert sein und dieser Umstand macht auch den Wunsch der deutschen Kaufleute hier und in Düsseldorf sehr erklärlich, daß man in Deutschland sich nun gleichfalls zu einer möglichst effektvollen Vertretung der deutschen Industrie in Paris aufraffen

